

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2020

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Appenzellische Jahrbücher**

Band (Jahr): **148 (2021)**

PDF erstellt am: **03.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2020

JÜRIG BÜHLER, HERISAU

Das Jahr 2020 stand ganz im Zeichen der Corona-Pandemie. Alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens waren davon betroffen. Das öffentliche Leben war wochenlang massiv eingeschränkt, um die Ausbreitung des heimtückischen Virus zu bremsen. Insgesamt wurden in Appenzell Ausserrhoden im Verlaufe des Jahres 2355 Menschen positiv auf das Virus getestet; dazu wurden im gleichen Zeitraum 40 Todesfälle im Zusammenhang mit Covid-19 registriert. – Der Kantonsrat traf sich coronabedingt, aber auch wegen mangelnder behandlungsreifer Geschäfte, lediglich viermal zu einer Sitzung, die wegen des Virus nicht im Kantonsratssaal in Herisau, sondern in grossen Mehrzwecksälen in Speicher und Walzenhausen stattfanden. Als neue Präsidentin des Kantonsparlaments und damit als Nachfolgerin von Katrin Alder (FDP, Herisau) wurde Margrit Müller (pu, Hundwil) gewählt. Neben verschiedenen Routinegeschäften war im Rat auch die schwierige finanzielle Situation des Spitalverbands ein Thema. – Bei den kantonalen Abstimmungen ist das klare Ja der Stimmberechtigten zum Kantonsanteil von 13,4 Mio. Franken für die Anpassung der Strasseninfrastruktur am Bahnhof Herisau zu erwähnen; gleichentags haben in Herisau die Stimmberechtigten auch dem Kostenanteil der Gemeinde zugestimmt. Damit steht einer umfassenden Umgestaltung des Bahnhofareals Herisau mit einem neuen Perron für die Appenzeller Bahnen und einem Busbahnhof nichts mehr im Wege. – Bewegung kommt in die Diskussion um die Strukturen des Kantons: Der Regierungsrat favorisiert in seinem Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» der IG Starkes Ausserrhoden eine Reduktion der Anzahl Gemeinden von zwanzig auf vier. Mit diesem Vorschlag rückte er von seiner Haltung ab, Fusio-

nen müssten von den Gemeinden ausgehen. – Die Verfassungskommission hat ihre Arbeit im November abgeschlossen und den Entwurf für eine Totalrevision der Ausserrhoder Kantonsverfassung an den Regierungsrat weitergeleitet.

Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie betraf im Verlaufe des Jahres sämtliche Bereiche des Lebens und die vom Bundesrat gemäss Epidemienengesetz angeordnete «ausserordentliche Lage» brachte eine Vielzahl von Einschränkungen. So mussten Läden (ausser jenen, die Waren für den lebensnotwendigen Bedarf verkauften) geschlossen werden, Restaurants, Bars, Schulen sowie Unterhaltungs- und Freizeitbetriebe mussten ab dem 16. März geschlossen bleiben (Abb. 1); zudem galt ein Veranstaltungsverbot. Im Zuge des Rückgangs der Fallzahlen wurden die verschiedenen Massnahmen ab Juni sukzessive gelockert. Bereits im Oktober wurden die Massnahmen aber wegen erneut steigender Fallzahlen wieder verschärft (Abb. 2). Insgesamt wurden in Appenzell Ausserrhoden im Verlaufe des Jahres 2355 Menschen positiv auf das Virus getestet; dazu wurden im gleichen Zeitraum 40 Todesfälle im Zusammenhang mit Covid-19 registriert.

Der Regierungsrat setzte am 28. Februar den kantonalen Führungsstab (KFS) ein. Von März bis Juni und wieder ab November standen der Departementsvorsteher Regierungsrat Hansueli Reutegger, der Amtsleiter Militär und Bevölkerungsschutz Marc Rüdin als Chef sowie Polizeikommandant Reto Cavelti als stellvertretender Stabschef in der Verantwortung. Die dynamische und ungewisse Entwicklung der Pandemie verlangte rollende Lagebeurteilungen und rasche Entschlüsse auf allen Stufen. Im März wurde vor dem Zeughaus Teufen eine

Drive-in-Teststrasse eröffnet (Abb. 3). Im Weiteren organisierte der Kanton eine mobile Test-Equipe und nahm ebenfalls im März die kantonale Corona-Hotline in Betrieb. Das Spital Herisau wurde zum Coronaspital erklärt. Alle anderen Patientinnen und Patienten wurden im Spital Heiden behandelt.

Die umfassenden Massnahmen zur Bekämpfung bzw. Eindämmung der Corona-Pandemie waren für die Bevölkerung neu und ungewohnt. Sie stiessen teilweise auf Unverständnis, insbesondere auf dem Land, das nicht so stark vom Virus betroffen war. Schwierig war die Situation auch in den Alters- und Pflegeheimen sowie im Spital, konnten doch praktisch keine Besuche mehr bei Angehörigen oder Bekannten erfolgen. In den Gemeinden zeigte sich aber auch eine grosse Solidarität. So wurden unter anderem Einkaufsmöglichkeiten für ältere Menschen angeboten, die sich aus Angst vor einer Ansteckung kaum mehr aus dem Haus bzw. unter die Leute wagten. Kreative Ideen – etwa von Bibliotheken zur Versorgung der Menschen mit Lesestoff oder Audio- und Videoangeboten – gediehen. Das Verbot der traditionellen Viehschauen, auch auf die öffentliche Ankündigung der jeweils viel Publikum anlockenden Alpfahrten musste verzichtet werden. Der grösste Brauchtumsanlass im Appenzellerland, das Silvesterchlausen am 31. Dezember und am 13. Januar, konnte ebenfalls nicht stattfinden. Grosse Menschenansammlungen jeglicher Art waren wegen der Ansteckungsgefahr verboten. Das sehr spät – erst im Dezember – ausgesprochene Verbot des Chlausens führte zu emotional aufgeladenen Diskussionen, die vor allem in den sozialen Netzwerken geführt wurden. So erstaunte es nicht, dass einzelne Chlauseschuppel ausserhalb der Dörfer trotzdem unterwegs waren.

Zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus aufgrund des Lockdowns und der weiteren Massnahmen, die einzelne Wirtschaftszweige wie das Gastgewerbe oder die Veranstaltungsbranche besonders hart trafen, schuf der Regierungsrat in Ergänzung zu den

Bundeshilfen in Zusammenarbeit mit der Stiftung Wirtschaftsförderung AR und weiteren Ausserrhoder Stiftungen einen Corona-Nothilfe-Fonds. Die Nachfrage war geringer als gedacht; bis Ende Jahr konnten aber doch an 23 Unternehmen und Selbständigerwerbende Soforthilfen ausbezahlt werden. Im Zuge der zweiten Welle der Pandemie ab Oktober hat das Departement gegen Jahresende ein kantonales Härtefallprogramm mit einem Unterstützungsvolumen von insgesamt 9,275 Mio. Franken aufgelegt. – Der Arbeitsmarkt war in besonderer Weise von der Pandemie und den daraus resultierenden Massnahmen betroffen. Einerseits nahm die Zahl der registrierten Stellensuchenden von 866 auf 1071 zu. Andererseits mussten vorübergehend über 1000 Betriebe (Vorjahr 7) Kurzarbeit anmelden. Die Arbeitslosenversicherung hat diesen Betrieben im Verlauf des Jahres 1,4 Mio. Ausfallstunden mit 36 Mio. Franken entschädigt. Ein noch stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte damit verhindert werden. Zum Jahresende waren noch 326 Betriebe in Kurzarbeit; allerdings mit erneut steigender Tendenz.

Kantonale Wahlen

Im Jahr 2020 fanden am 9. Februar lediglich Ersatzwahlen ins Obergericht statt. Gewählt wurden Janine Lanker, Speicher, mit 11 239 und Erwin Ganz, Lutzenberg, mit 11 141 Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 32,2 Prozent. Janine Lanker und Erwin Ganz waren die einzigen Kandidierenden, die sich um die zwei vakanten Sitze bewarben. Die beiden Neugewählten ersetzen im Obergericht die zurückgetretenen Samuel Plachel, Schwellbrunn, und Daniela Sieber, Herisau.

Kantonale Abstimmungen

Die beiden am 27. September zur Abstimmung gelangenden kantonalen Sachvorlagen wurden mit überwältigendem Mehr im Sinne von Regierung und Kantonsrat angenommen. Um das Entwicklungsgebiet Bahnhofareal in Herisau (Abb. 4/Abb. 5) zeitgemäss nutzen zu können, ist eine umfassende Umgestaltung mit einem

neuen Perron für die Appenzeller Bahnen und einem Busbahnhof nötig. Im Zuge dieser baulichen Massnahmen mit Gesamtinvestitionen von über 40 Mio. Franken sind für Anpassungen der kantonalen Strasseninfrastruktur Investitionen von rund 13,4 Mio. Franken erforderlich, die den Stimmberechtigten zum Entscheid vorgelegt wurden. Die Vorlage wurde in allen 20 Ausserrhoder Gemeinden angenommen. Gleichentags haben die Stimmberechtigten von Herisau dem Gemeindeanteil ebenfalls deutlich zugestimmt. – Die zweite Vorlage ist eine Folge der Teilrevision des Bundesgesetzes über den Finanzausgleich. Appenzell Ausserrhoden erhält rund 4,9 Mio. Franken weniger aus dem nationalen Finanzausgleich. Um diesen Ausfall auch auf der Stufe der Gemeinden abzufedern, war eine Teilrevision des Steuergesetzes nötig. Die Stimmbeteiligung lag knapp unter 60 Prozent.

27. September	Ja	Nein
Kredit von 13,4 Mio. Franken für Anpassung der kantonalen Strasseninfrastruktur am Bahnhof Herisau	15 082	6 889
Abfederungsmassnahmen zu Steuergesetzrevisionen	16 286	4 052

Eidgenössische Abstimmungen

Auf eidgenössischer Ebene gelangten 2020 neun Sachvorlagen zur Abstimmung. Bei lediglich fünf Vorlagen deckte sich der Abstimmungsausgang im Kanton mit jenem auf gesamtschweizerischer Ebene.

9. Februar	Ja	Nein
Revision Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz	8 048	7 680
Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»	5 105	10 597

Bei der Revision des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes ging es um die Diskriminierung und den Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung. Auf Bundesebene wurden die Gesetzesanpassungen mit 61,1 Prozent Ja deutlich angenommen; in Appenzell

Ausserrhoden war das Ja mit 51,2 Prozent hingegen eher knapp. – Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» wurde sowohl auf eidgenössischer als auch auf kantonaler Ebene mit grossen Nein-Mehrheiten abgelehnt. Auf Bundesebene sagten 57,1 Prozent der Stimmberechtigten Nein; in Ausserrhoden waren es sogar 67,5 Prozent, welche die Initiative ablehnten. – Die Stimmbeteiligung lag bei rund 40 Prozent.

27. September	Ja	Nein
Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung»	10 688	13 827
Änderung des Jagdgesetzes (Umgang mit dem Wolf)	12 881	11 413
Änderung Bundesgesetz zu den Kinderabzügen	6 770	17 300
Änderung Erwerbsersatzgesetz (Vaterschaftsurlaub)	10 941	13 037
Beschaffung neuer Kampfflugzeuge	12 604	11 783

Bei den fünf am 27. September zur Abstimmung gelangenden eidgenössischen Vorlagen deckte sich der Ausgang auf Bundesebene in zwei Fällen mit jenem in Appenzell Ausserrhoden. Die Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung» wurde auf Bundesebene mit 61,7 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt, in Ausserrhoden sagten 56,4 Prozent Nein. – Die Änderung des Jagdgesetzes, bei dem im Abstimmungskampf vor allem der Umgang mit dem Wolf für Diskussionen gesorgt hatte, wurde auf eidgenössischer Ebene mit 51,9 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Die Stimmberechtigten in Appenzell Ausserrhoden nahmen das Jagdgesetz mit 53 Prozent Ja-Stimmen an. – Mit der Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer sollte die steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten neu geregelt werden. Auf Bundesebene sagten 66 Prozent der Stimmenden Nein, in Ausserrhoden wurde die Vorlage mit 70,8 Prozent verworfen. – Bei der Vorlage zum Vaterschaftsurlaub ergab sich auf Bundesebene mit 60,5 Prozent eine klare Ja-Mehrheit, in Ausserrhoden erhielt die Vorlage lediglich 45,6 Prozent Ja-Stimmen. – Die Beschaffung von neuen

Kampfbots für 6 Mia. Franken wurde auf Bundesebene ganz knapp mit 50,1 Prozent (nicht einmal 9000 Stimmen Unterschied) gutgeheissen, in Appenzell Ausserrhoden sagten 51,7 Prozent der Stimmenden Ja zur Flugzeugbeschaffung. – Die Stimmbeteiligung lag an diesem reichbefrachteten Abstimmungswochenende bei rund 63 Prozent.

29. November	Ja	Nein
Volksinitiative zur Konzernverantwortung	8519	11 074
Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»	7079	12 379

Die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (Konzernverantwortungsinitiative) wurde auf Bundesebene zwar mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 50,7 Prozent angenommen, verfehlte aber das erforderliche Ständemehr deutlich: Nur 8,5 Stände sagten Ja. In Appenzell Ausserrhoden konnte die Initiative lediglich 43,5 Prozent Ja-Stimmen auf sich vereinen. – Die zweite Vorlage, die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten», scheiterte an der Urne klar. Gesamtschweizerisch sagten 57,5 Prozent der Stimmenden Nein, in Ausserrhoden war die Nein-Mehrheit mit 63,6 Prozent noch eindeutiger. Die Stimmbeteiligung lag bei 46,9 Prozent.

Kantonsrat

Der Kantonsrat hat 2020 an lediglich vier Sitzungstagen die ordentlichen Ratsgeschäfte erledigt. Wegen der Corona-Pandemie und mangels behandlungsreifer Geschäfte sagte das Büro des Kantonsrats vier der acht terminierten Sitzungen ab. Um die Geschäfte des Amtsjahres 2019/20 angemessen beschliessen zu können, wurde das Amtsjahr über den Sommer verlängert. Die konstituierende Sitzung für das Amtsjahr 2020/21 fand erst am 24. August statt. Aussergewöhnlich waren auch die Tagungsorte: Weil im Kantonsratssaal im Regierungsgebäude in Herisau die dem Coronavirus geschuldeten Abstands- und Hygienevorschriften nicht ein-

gehalten werden konnten, tagte der Rat je zweimal im Buchensaal in Speicher und in der Mehrzweckanlage in Walzenhausen.

Am 14. Juni tagte das Kantonsparlament im Buchensaal in Speicher (Abb. 6). Für Ratspräsidentin Katrin Alder (FDP, Herisau) war es die letzte Sitzung ihrer um zwei Monate verlängerten Amtszeit als höchste Ausserrhoderin. Viel zu reden gab die Motion «Optimierungen bei Abstimmungen und Wahlen». Mit ihrem Vorstoss forderte die SVP-Fraktion, dass die Stimmberechtigten dank vorfrankierter Rückantwortcouverts künftig gratis brieflich abstimmen können. Die Fraktion erhoffte sich davon eine höhere Wahlbeteiligung. Auch die Einführung von stillen Wahlen für den Nationalrat war Thema der Motion. Im Kantonsrat stiess das Anliegen der SVP grundsätzlich auf Zustimmung. Dennoch sprach sich die zuständige Kommission Inneres und Sicherheit gegen eine Erheblichkeitserklärung der Motion aus. Sie verwies zur Begründung auf die geplante Totalrevision des Gesetzes über die politischen Rechte. Gleich argumentierte die SP-Fraktion. Die Totalrevision sei «überfällig», sagte deren Fraktionssprecher und forderte die Regierung deshalb auf, die Initiative zu ergreifen. Grundsätzlich Handlungsbedarf beim Thema Wahlen und Abstimmungen sah auch Regierungsrat Hansueli Reutegger. Er warnte abgesehen davon vor einem Flickenteppich und setzte stattdessen ebenfalls auf die Totalrevision. Auf Anregung der FDP-Fraktion wurde die Motion schliesslich in ein Postulat umgewandelt. Dieses wurde für erheblich erklärt. Nun muss die Regierung innerhalb eines Jahres einen Bericht vorlegen. – Die Staatsrechnung 2019 wurde nach einigen Diskussionen genehmigt. Sie schloss mit einem Ertragsüberschuss von 22,1 Mio. Franken ab, womit das Ergebnis um sieben Mio. Franken besser ausfiel als budgetiert. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier äusserten trotz gutem Abschluss Kritik vor allem am Vorgehen des Spitalverbands Appenzell Ausserrhoden (SVAR). In einem provisorischen Ergebnis der Staatsrechnung war die Regierung noch von einem Ertragsüber-



schuss von 27 Mio. Franken ausgegangen. Der Verlust des Spitalverbands war mit 1,9 Mio. Franken beziffert worden. Später musste der SVAR aber seine Zahlen korrigieren. Der Rückschlag stieg um fast 5 Mio. auf 6,7 Mio. Franken; dies wegen einer Wertberichtigung der Sachanlagen. Wertberichtigungen entstünden nicht kurzfristig, rügte Oliver Schmid (FDP, Teufen) als Präsident der Finanzkommission. Die Fraktionen bemängelten zudem die teilweise massiven Abweichungen der Staatsrechnung im Vergleich zum Voranschlag. – Im Verlauf der Sitzung nahm der Rat turnusgemäss u. a. von folgenden Rechenschaftsberichten Kenntnis: Rechenschaftsbericht 2019 des Regierungsrates, Tätigkeitsbericht 2019 der Geschäftsprüfungskommission und Tätigkeitsbericht 2019 der Finanzkontrolle. Schliesslich wurde auch der Bericht über kantonale Corona-Massnahmen nach einigen Diskussionen genehmigt. – Für Max Eugster (SP, Herisau) und Florian Hunziker (SVP, Herisau) war es die letzte Sitzung als Kantonsräte. Das neugewählte Ratsmitglied Glen Aggeler (CVP, Herisau) rückte für seinen Parteikollegen Marcel Hartmann nach. Weil Marcel Hartmann zum Zeitpunkt seines Rücktritts das Amt des ersten Vizepräsidenten innehatte, musste für den Rest des Amtsjahres 2019/2020 eine Ersatzwahl für das erste Vizepräsidium vorgenommen werden. Gewählt wurde die bisherige zweite Vizepräsidentin Margrit Müller (pu, Hundwil).

An der Kantonsratssitzung vom *24. August*, wieder in Speicher, wurde Margrit Müller (pu, Hundwil) als Nachfolgerin von Katrin Alder

(FDP, Herisau) zur neuen Präsidentin des Ausserrhoder Kantonsparlaments gewählt (Abb. 7); als neue erste Vizepräsidentin rückte Claudia Frischknecht (CVP, Herisau) nach. Mit Ralph Hubmann (SP, Speicher) und Reto Sonderegger (SVP, Herisau) nahmen zwei Neugewählte erstmals an einer Sitzung des Kantonsrats teil. Eröffnet wurde die Sitzung vom Alterspräsidenten Gilgian Leuzinger (FDP, Bühler), der von der Regierung in Zukunft mehr Gestaltungswillen erwartet. – In erster Lesung hiess das Parlament eine Anpassung des Gesetzes über die Bereinigung regierungsrätlicher Kommissionen diskussionslos gut. Nicht weniger als 37 Fachkommissionen sind aktuell für die Regierung und die Departemente tätig. Sechs sollen im Zuge der Gesetzesanpassung abgeschafft werden. So soll es beispielsweise keine Verkehrskommission oder Kommission für Landwirtschaft mehr geben. – Der Rat lehnte ein Postulat von Mathias Steinhauer (EVP, Herisau) ab, das eine Offenlegung der Kosten für das Regierungsprogramm verlangte. Landammann Alfred Stricker betonte in der kurzen Debatte, dass die Kosten für das Regierungsprogramm von Jahr zu Jahr unterschiedlich seien und darum eine zweckgebundene Finanzierung keinen Sinn mache.

Der Unmut über den wenig aussagekräftigen Geschäftsbericht 2019 des Spitalverbands Appenzell Ausserrhoden (SVAR) prägte die Sitzung des Kantonsrats am *2. November* in der Mehrzweckanlage Walzenhausen. Nicht nur die schlechten Zahlen der Jahresrechnung



2019 gaben Anlass zu Kritik. Mehrere Fraktionen bemängelten den dürftigen Informationsgehalt des Geschäftsberichts. Diesem fehle es an «Fleisch am Knochen», meinte etwa Marc Wäspi (pu, Herisau). Auch Hans-Anton Vogel (FDP, Bühler) vermisste als Vertreter der Kommission Gesundheit und Soziales teilweise konkrete Angaben über das SVAR-Geschäftsjahr. SP-Fraktionssprecherin Fabienne Duelli (Wald) befürchtete, dass der Kostendruck auf das Personal abgewälzt wurde. Der Fraktionssprecher der FDP, Urs Alder (Teufen), wies auf die zu tiefen Investitionen des Spitalverbands hin. Gefragt sei eine nachhaltige Strategie und kein kurzfristiger Aktionismus. Regierungsrat Yves Noël Balmer sagte, der Spitalverbund befinde sich am Scheideweg. Die Situation sei schweizweit für alle Spitäler herausfordernd. Als Grund dafür nannte er die freie Spitalwahl und den Trend zu ambulanten Eingriffen. Der Gesundheitsdirektor verlangte vom SVAR-Verwaltungsrat eine klare Strategie. – Damit Windenergieanlagen in Appenzell Ausserrhoden in Zukunft auch ausserhalb der Bauzonen möglich sind, muss der Richtplan angepasst werden. Dies, nachdem der Kantonsrat ein Postulat von Werner Rüegg (CVP, Heiden) für erheblich erklärt hatte. – Der Rat diskutierte auch den Bericht der Regierung über die Folgen des Klimawandels, der aufgrund eines Postulats der SP-Fraktion verfasst worden war. Der Regierungsrat schlägt in seinem Bericht diverse Massnahmen zum Klimaschutz vor. Dazu zählen die Förderung von nicht-fossilen Heizungen oder ein Mobilitätskonzept.

Die Kantonsfinanzen und deren zukünftige Entwicklung standen im Mittelpunkt der Sitzung am 7. Dezember in der Mehrzweckanlage Walzenhausen. Im Verlauf der Debatte über den Voranschlag lehnte der Rat eine Steuererhöhung ab und beschloss eine Nullrunde bei den Löhnen der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung. Der Voranschlag 2021 sieht bei Ausgaben von rund 470 Mio. Franken beim Gesamtergebnis einen Gewinn von 4,1 Mio. Franken vor. Auf operativer Stufe wird ein Verlust von 10,8 Mio. Franken erwartet. Es brauche dringend Massnahmen auf der Einnahmenseite, um das Defizit nicht nur mit Schulden zu begleichen, begründete Jens Weber (SP, Trogen) den Vorschlag der Sozialdemokraten. Bei den übrigen Fraktionen und beim Regierungs-

Abbildungen

- 1 *Lockdown infolge der Corona-Pandemie: Nicht «systemrelevante» Läden sowie Restaurants, Bars, Schulen und Unterhaltungs- und Freizeitbetriebe mussten ab dem 16. März geschlossen bleiben.*
- 2 *Informationskampagne des Bundesamts für Gesundheit «So schützen wir uns»: Der Bund stellte Plakate, Videos und Anleitungen zur Verfügung, die er im Lauf des Jahres je nach Bedrohungsgrad farblich anpasste.*
- 3 *Im März wurde vor dem Zeughaus Teufen eine Drive-in-Teststrasse eröffnet, um Coronatests möglichst hürdenfrei zu ermöglichen.*
- 4 *Das Bahnhofareal Herisau gegen Osten im Jahr 2020.*
- 5 *Visualisierung der Umgestaltung des Bahnhofareals Herisau mit einem neuen Perron für die Appenzeller Bahnen.*



6



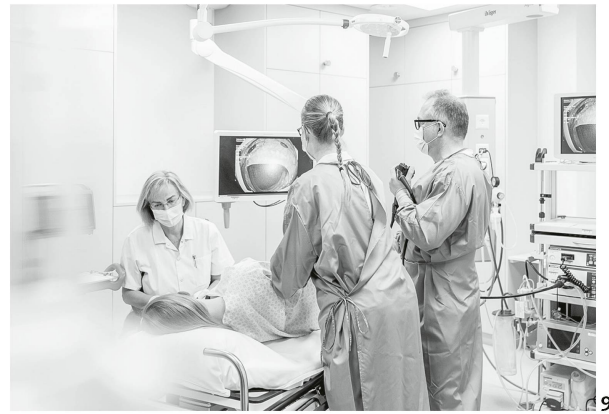
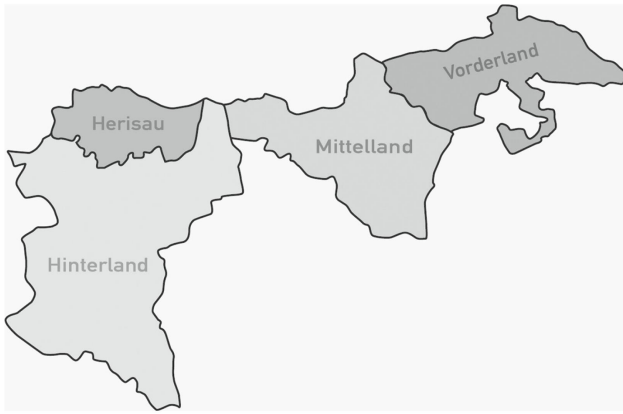
7

rat stiess die Forderung nach einer Steuerfusserhöhung um 0,1 auf neu 3,4 Einheiten auf Ablehnung. Der Präsident der Kommission Finanzen, Oliver Schmid (FDP, Teufen), warnte mit Verweis auf den verfügbaren Bilanzüberschuss vor «Panik». Der Rat sprach sich schliesslich mit 10 Ja- und 48 Nein-Stimmen gegen eine Anhebung des Steuerfusses aus. Zu reden gaben auch die geplanten individuellen Lohnerhöhungen für Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung. Dafür hatte der Regierungsrat ein Prozent der gesamten Personalkosten, rund 800 000 Franken, vorgesehen. Den Antrag zum Verzicht auf diese Mehrausgaben stellten die Freisinnigen und die SVP. In der aktuellen Coronakrise wäre es mit Blick auf die schwierige wirtschaftliche Situation vieler Unternehmen ein falsches Zeichen, mit Steuergeldern Lohnerhöhungen in der Verwaltung zu finanzieren, hiess es von bürgerlicher Seite. Gegen die Streichung der individuellen Lohnerhöhungen wehrte sich die Ratslinke. Eine Mehrheit des Rates folgte den Argumenten von FDP und SVP. In der Schlussabstimmung stimmten 48 Kantonsrätinnen und Kantonsräte für den Voranschlag 2021, 10 sagten Nein. – Im Verlauf der Finanzdebatte wurden auch zwei Globalkredite verabschiedet: Jener für die Kantonschule Trogen sieht einen Aufwandüberschuss von 14,4 Mio. Franken vor. Bei der Strafanstalt Gmünden wird dagegen ein Ertragsüberschuss von 700 000 Franken erwartet. – Das Kantonsparlament nahm zudem Kenntnis vom Finanzplan 2022 bis 2024 – dies allerdings mit einer von Gilgian Leuzinger (FDP, Bühler) initiierten

Erklärung, in der zum Ausdruck gebracht wird, dass im Finanzplan zu wenig Gewicht auf den Ersatz von fossilen Energieträgern durch erneuerbare Energien gelegt wird. – Die Coronakrise traf das Gastgewerbe, den Tourismus und die Kultur hart. Vor diesem Hintergrund beschloss der Regierungsrat, die betroffenen Hotel- und Restaurantbetriebe von der Tourismusabgabe 2019 teilweise zu entlasten. Die entsprechende Notverordnung wurde vom Kantonsrat nachträglich genehmigt. – Im Weiteren genehmigte der Kantonsrat ebenfalls nachträglich die Verordnung über die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus im Kultursektor. Insgesamt wurden dafür Tranchen von 450 000 und 518 300 Franken freigegeben. Damit wurde die Voraussetzung geschaffen, dass die vom Bund dem Kanton zugesprochenen Mittel von total 968 300 Franken beansprucht werden können. Das Bestreben der Regierung, Kulturschaffende in der Coronakrise zu unterstützen, wurde von einer grossen Mehrheit des Rats befürwortet.

Verfassungskommission

Die breit abgestützte Verfassungskommission hat im Oktober mit der einstimmigen Verabschiedung des Texts für eine totalrevidierte Kantonsverfassung ihre Hauptarbeit abgeschlossen. Davor war nochmals intensiv um einzelne Formulierungen und weitergehende Vorschläge gerungen worden. Auch der Vorschlag der Regierung, statt 20 nur noch vier Gemeinden vorzusehen und dessen Auswirkungen, wurden diskutiert. Die 12. Plenarsitzung



fand unter dem Vorsitz von Regierungsrat Paul Signer im Buchensaal Speicher statt. Zunächst galt es, einige Rückkommensanträge bzw. neue Vorschläge zu beraten. So wurde bei der Präambel nochmals eine kleine Änderung vorgenommen, indem die Formulierung «geben uns folgende Verfassung» durch «beschliessen ...» ersetzt wurde. Im Übrigen aber bleibt der aus sechs Varianten bevorzugte Text ohne religiöse Begriffe, aber mit Hinweis auf die Erkenntnis, dass unser Wissen und unsere Macht beschränkt sind, bestehen. Die ausgiebigste Debatte gab es zum Artikel zur Digitalisierung, der einen bisher nicht besprochenen Vorschlag zum Thema Automatisierung (künstliche Intelligenz) erhalten sollte. Zugestimmt wurde der Ergänzung, dass Kanton und Gemeinden zur Aufgabenerfüllung nicht nur zeitgemässe, sondern darüber hinaus auch «sichere» Informations- und Kommunikationsmittel einsetzen sollen.

Aufgrund einer in der vorangehenden Sitzung eingebrachten Anregung wurde das Thema Gemeindestrukturen nochmals aufgegriffen, nachdem der Regierungsrat einen überraschenden und radikalen Vorschlag zur Reduktion von heute 20 auf nur noch vier Gemeinden (Abb. 8) in die bis zum 5. November dauernde Vernehmlassung gegeben hatte. Es ging um die Frage, ob die bereits verabschiedeten Verfassungsartikel nun hätten angepasst werden sollen. Die Kommission nahm inhaltlich nicht zum Vorschlag Stellung und verzichtete auch auf eine Konsultativabstimmung. Man äusserte aber Skepsis über den zeitlichen Ablauf,

bräuchte es doch noch viel Erklärungs- und Überzeugungskraft, falls die radikale Idee priorisiert werden sollte. Die Verfassung hingegen wäre jetzt reif für die weitere Behandlung und relativ schnelle Verabschiedung. Die Kommission belies es in der Folge bei ihren Formulierungen, wonach die Gemeinden im Gegensatz zu heute nicht mehr in der Verfassung, sondern im Gesetz namentlich aufgeführt sein sollten, was das Prozedere bei Fusionen erleichtern würde. Auch der Passus, wonach Bestandes- und Gebietsänderungen der Zustimmung der Stimmberechtigten jeder Gemeinde bedürften, blieb trotz Diskussionen bestehen.

Nach der Schlussabstimmung wurden vom Sekretariat noch die den Verfassungstext begleitenden Erläuterungen ausgearbeitet und in der Kommission diskutiert. Dann wurde das «Paket» dem Regierungsrat übergeben. *(Autor dieser Zusammenfassung ist Hanspeter Strebel. Er beobachtet die Erarbeitung der Ver-*

Abbildungen

- 6 Infolge der Corona-Pandemie tagte der Kantonsrat am 14. Juni und 24. August im Buchensaal Speicher.
- 7 Margrit Müller (pu, Hundwil) löste Katrin Alder (FDP, Herisau) als Präsidentin des Ausserrhoder Kantonsparlaments ab.
- 8 Der Regierungsrat machte im Berichtsjahr und mitten in der Endphase der Diskussion um die neue Verfassung überraschend den Vorschlag zur Reduktion von heute 20 auf nur noch vier Gemeinden.
- 9 Das Jahr 2020 stand auch im Spitalverbund AR (SVAR) ganz im Zeichen der Corona-Pandemie.



10



11

fassung im Auftrag des Kantons und publiziert auf dessen Website Zwischenberichte, vgl. auch Appenzellische Jahrbücher 147/2020, S. 92f.)

Staatsrechnung 2020

Das Gesamtergebnis der Staatsrechnung 2020 von Appenzell Ausserrhoden weist einen Ertragsüberschuss von 9,5 Mio. Franken aus. Gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag fällt das Ergebnis um 8,1 Mio. Franken tiefer aus. Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sprach der Kantonsrat Nachtragskredite von 6,0 Mio. Franken. Der Regierungsrat genehmigte Kreditüberschreitungen über 3,7 Mio. Franken. Ein Mehrertrag von 8,8 Mio. Franken konnte aus dem Gewinnanteil der Schweizerischen Nationalbank verbucht werden. Dagegen fielen die Erträge aus den Staatssteuern um 5,1 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Die Nettoinvestitionen lagen mit 9,2 Mio. Franken um 12,7 Mio. Franken tiefer als budgetiert. Mit dem Ergebnis der Rechnung 2020 stieg der Bilanzüberschuss auf 71,8 Mio. Franken.

Gegenüber dem Voranschlag war bei den Steuererträgen ein Minderertrag von 5,1 Mio. Franken zu verzeichnen. Bei den natürlichen Personen konnte trotz Einnahmen von 152,0 Mio. Franken und einem Periodenwachstum von 1,1 Prozent das Budget um 2,5 Mio. Franken nicht erreicht werden. Die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen lagen gegenüber dem Voranschlag um 4,3 Mio. Franken tiefer; mit Steuereinnahmen von 10,3 Mio. Franken war gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 23,4 Prozent zu verzeichnen. Gemes-

sen am Voranschlag fielen dagegen die Grundstückgewinnsteuern um 1,2 Mio. Franken und die Erbschafts- und Schenkungssteuern um 0,6 Mio. Franken höher aus. Der Anteil an der direkten Bundessteuer lag im Vergleich zum Voranschlag um 2,9 Mio. und bei der Verrechnungssteuer um 4,2 Mio. Franken tiefer. Dafür erhielt der Kanton aus dem Gewinnanteil der Schweizerischen Nationalbank 17,3 Mio. Franken, was einem Mehrertrag von 8,6 Mio. Franken entspricht.

In diversen Aufgabenbereichen schloss die Rechnung gegenüber dem Voranschlag mit Minderausgaben ab. So fielen die Beiträge an die Berufs-, Mittel- und Hochschulen um 2,1 Mio., die Ausgaben zur Spitalfinanzierung um 3,7 Mio., die Ausgaben für die Prämienverbilligung der Krankenversicherungen um 2,9 Mio., die Ausgaben im Tiefbauamt um 1,4 Mio. sowie die Ausgaben für die Ergänzungsleistungen um 1,1 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Bei den Betrieben mit Globalkredit und Leistungsauftrag schloss die Kantonsschule Trogen gegenüber dem Voranschlag um 0,2 Mio. Franken besser ab. Der Ertragsüberschuss bei den Strafanstalten Gmünden entsprach nahezu dem Voranschlag. Der Kanton tätigte im Jahr 2020 Bruttoinvestitionen von 24,3 Mio. Franken. Diesen stehen Einnahmen von 15,1 Mio. Franken gegenüber. Die Nettoinvestitionen betragen somit 9,2 Mio. Franken. Sie fielen gegenüber dem Voranschlag um 12,7 Mio. Franken tiefer aus.

Mit dem Jahresergebnis erhöhte sich der Bilanzüberschuss von 62,3 Mio. Franken Ende



12

2019 auf 71,8 Mio. Franken Ende 2020. Der Selbstfinanzierungsgrad verbesserte sich mit 216,4 Prozent gegenüber den Vorjahren. Im Rechnungsjahr konnte somit die Verschuldung nicht nur stabilisiert, sondern abgebaut werden. Die Nettoschulden pro Kopf sanken gegenüber dem Vorjahr von 689 Franken auf 520 Franken. Mit dem Abschluss 2020 liegt der Kanton in Bezug auf die finanzpolitischen Zielsetzungen auf Kurs.

Bauen und Umwelt

Mit der Zustimmung der Stimmberechtigten zur Anpassung der kantonalen Strasseninfrastruktur am Bahnhof Herisau (Kreiserverschiebung) wurde ein wichtiger Meilenstein erreicht. Der Entscheid bildet die Grundlage für den Bahnhofumbau mit modernem Busterminal sowie die Entwicklung und Überbauung des aus volkswirtschaftlicher Sicht bedeutenden Bahnhofareals. Die Bauarbeiten starten im Frühjahr 2021. – Die Übernahme des betrieblichen Unterhalts durch den Bund auf der neuen Nationalstrasse N25 verlief problemlos. Bei den strassenbaupolizeilichen Bewilligungen entlang der Nationalstrasse funktionierte die Zusammenarbeit ebenfalls gut. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) löste erste Bauaufträge im Kanton aus. – Der behindertengerechte Umbau der Bushaltestellen als Gemeinschaftsaufgabe von Kanton und Gemeinden kommt langsamer voran als geplant. Die Rückmeldungen der Gemeinden zu den Vorschlägen des Tiefbauamts erfolgten verzögert. – Die Kantone Appenzell Ausserrhoden und St. Gal-



13

len klärten mit einer Umfrage bei Industrie und Gewerbe deren Einschätzung der regional- und volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Strassenprojekts Zubringer Appenzellerland ab. Die Unternehmen messen einer besseren strassenseitigen Anbindung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region eine grosse Bedeutung zu. Das Projekt mit einem direkten Anschluss an die A1 und der Umfahrung Herisau könnte diese Erwartungen erfüllen. – Im Fokus des Departements Bau und Volkswirtschaft standen im Übrigen vor allem energiepolitische Themen: Ende April hat der Regierungsrat die Teilrevision des Energiegesetzes zuhanden des Kantonsrats verabschiedet. Mit der Teilrevision soll eine zentrale Massnahme des im Herbst 2017 durch den Kantonsrat genehmigten Energiekonzepts 2017–2025 umgesetzt werden. Auf der Grundlage des Klimaberichts möchte der Regierungsrat eine kantonale Klimastrategie erarbeiten.

Abbildungen

- 10 Im Frühjahr wurde am Spital Herisau der Neubau der Notaufnahme in Betrieb genommen.
- 11 Unter Federführung des Bundesamts für Verkehr soll eine Machbarkeitsstudie die Möglichkeiten eines Doppelspurtunnels in Teufen aufzeigen.
- 12 In Herisau eröffnete der Puppenspieler Kurt Fröhlich ein Figurentheater-Museum.
- 13 Ende Juni 2020 ging die 186-jährige Geschichte des gedruckten Amtsblattes zu Ende. Fortan erscheint das Periodikum nur noch online.

Bildung

Die Totalrevision der Volksschulgesetzgebung wurde im Herbst dem Regierungsrat zur Behandlung vorgelegt. Aufgrund von Rückmeldungen zu den Themen Schulkostenbeitrag, Altersreduktion und Tagesstrukturen wurden Varianten erarbeitet und eine Anpassung vorgenommen. Um einem zukünftigen Lehrermangel entgegenzuwirken und im Vergleich mit den umliegenden Kantonen wettbewerbsfähig zu bleiben, sollen mit der Teilrevision der Anstellungsverordnung Volksschule die Löhne, insbesondere die Einstiegsgehälter, angepasst werden.

– Im Berichtsjahr forderte die Corona-Pandemie diverse Anpassungen in der Departementsorganisation sowie Anpassungen von Weisungen und Reglementen zu Zeugnisnoten, Prüfungs- und Promotionsentscheidungen. Daneben wurden das Schulreglement und die Hausordnung am Berufsbildungszentrum Herisau planmässig überarbeitet.

– Die Kantonsschule Trogen und das Berufsbildungszentrum Herisau waren u. a. dank des Schulentwicklungsprojekts BYOD (Bring Your Own Device; Schüler bringen ihren eigenen Laptop in den Unterricht mit) mit entsprechender IT-Infrastruktur (Office365, Microsoft Teams) innert weniger Tage bereit, vom Präsenz- auf den Fernunterricht umzustellen. Was Unterrichtenden und Lernenden während des Lockdowns am meisten fehlte, war der soziale Kontakt. Eltern und Lehrpersonen halten die Verbindlichkeit und Effizienz des Lernens im Fernunterricht für problematisch. Vor allem für die Lehrpersonen war der Mehraufwand in der Phase des Fernunterrichts deutlich grösser als im Präsenzunterricht.

– Zu einem Wechsel kam es im Rektorat der Kantonsschule Trogen. Am 1. Oktober trat Elisabeth Steger Vogt die Nachfolge von Marc Kummer an, der die Kantonsschule nach dreijährigem Wirken aus persönlichen Gründen verlassen hatte.

Volksschule. Zu Beginn des Schuljahres 2020/21 besuchten 5815 Kinder (Vorjahr 5683) die Volksschule. Die Zahl der Lernenden auf allen Stufen, auch auf der Sekundarstufe, nahm zu. Eine Son-

derschule besuchten 117 Lernende (127). Von verstärkten Massnahmen in Regelklassen profitierten 69 Lernende (58). 53 Lernende (57) absolvierten die Volksschule im Rahmen des häuslichen Unterrichts. – 466 Lernende verliessen im Sommer 2020 die Volksschule, davon hatte nur eine lernende Person (rund 0,2 Prozent) noch keine Anschlusslösung. 63,9 Prozent traten in eine Berufslehre ein. 24,7 (23) Prozent wählten den Weg in eine weiterführende Schule, insbesondere an die Kantonsschule Trogen. 11,2 Prozent haben sich für ein einjähriges Brückenangebot entschieden.

Berufsbildung. Die Anzahl der neuen Lehrverträge stieg gegenüber dem Vorjahr um gut fünf Prozent. Es wurden 556 neue Lehrverträge genehmigt (527). Auch der Gesamtbestand an Lehrverträgen nahm zu und beträgt nun 1303 (1277). Davon entfallen 1189 auf die berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis und 114 auf die Ausbildung mit eidgenössischem Berufsattest. Es wurden 426 Qualifikationsverfahren (Vorjahr 446) durchgeführt. 369 (380) Kandidatinnen und Kandidaten haben das eidgenössische Fähigkeitszeugnis (EFZ) erhalten, den eidgenössischen Berufsattest (EBA) erwarben 44 (47) Kandidaten. Insgesamt bestanden 413 Lernende die Prüfung (427). Die Durchfallquote betrug somit 3,05 Prozent (4,3 Prozent). Die Anzahl der Lehrvertragsauflösungen ist von 102 auf 115 gestiegen. Damit liegen die Lehrvertragsauflösungen mit 9 Prozent leicht höher als im Durchschnitt der vergangenen Jahre.

Kantonsschule. Im Juni überreichte die Kantonsschule 74 von 77 Kandidatinnen und Kandidaten das gymnasiale Maturazeugnis. In der Wirtschaftsmittelschule bestanden alle 7 Lernenden das Qualifikationsverfahren und erhielten das Berufsmaturitätszeugnis. 19 Kandidatinnen und Kandidaten legten die Abschlussprüfung zur Erlangung des Fachmittelschulausweises erfolgreich ab. Die Schule händigte zudem 1 Fachmaturitätsausweis Gesundheit/Naturwissenschaften, 2 Fachmaturitätsauswei-

se Gesundheit, 1 Fachmaturitätsausweis Soziale Arbeit und 9 Fachmaturitätsausweise Pädagogik aus. – Beim Start ins Schuljahr 2020/21 verzeichnete die Kantonsschule 543 (508) Lernende (Gymnasium 312/+10, Wirtschaftsmittelschule und Berufsmaturität 27/+1; Fachmittelschule und Fachmaturität: 97/+18; Sekundarschule: 107/+6).

Inneres und Sicherheit

Im Herbst wurde ein Projektwettbewerb für das Areal «Gmünden» eröffnet. Im Rahmen dieses Wettbewerbs sollen die Erneuerung der Gefängnisse, ein Neubau für ein zentrales Strassenverkehrsamt und Räumlichkeiten für die Regional- und Verkehrspolizei geprüft werden. Es sind zwei eigenständige Bauten vorgesehen, die autonom realisierbar sind. Für die Umsetzung der Projekte wird eine Volksabstimmung nötig sein. – Der Regierungsrat setzte Ende Februar wegen der Corona-Pandemie den kantonalen Führungsstab (KFS) ein. Von März bis Juni und wieder ab November waren der Departementsvorsteher, der Amtsleiter Militär und Bevölkerungsschutz sowie der Polizeikommandant zur Führung des Einsatzes engagiert. – Überraschend präsentierte der Regierungsrat im August drei Varianten für einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden», unter denen er die Reduktion der Anzahl Gemeinden von heute 20 auf 4 favorisierte. Mit diesem Vorschlag rückte er vom bisher eingenommenen Standpunkt ab, wonach Fusionsvorschläge von den Gemeinden kommen sollten. Er begründete dies damit, dass die Zeit für eine Diskussion u. a. wegen der sich in der Totalrevision befindenden Kantonsverfassung gekommen sei. Es liege nahe, auch grundsätzliche Fragestellungen zu den künftigen Strukturen von Kanton und Gemeinden einzubeziehen.

Gerichtswesen. Im Gerichtswesen nahm die Geschäftstätigkeit trotz der Corona-Pandemie mehrheitlich ihren gewohnten Gang. Bei der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht erreichte die Anzahl Neueingänge mit 105 Fällen, nach einem Einbruch

2019 (76 Fälle), wieder das langjährige Niveau. Die Schlichtungsstelle erledigte im Berichtsjahr 99 Fälle. Die Erfolgsquote bei den Einigungen liegt bei beachtlichen 66,3 Prozent. Die Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben hatte im Berichtsjahr keinen Neueingang zu verzeichnen. Der im Vorjahr eingegangene Fall konnte mittels Vergleichs abgeschlossen werden. – Mit 234 neuen Begehren war bei den Vermittlerämtern ein leichter Anstieg zu verzeichnen. In den drei Vermittleramtskreisen wurden 223 Fälle erledigt. Die Erfolgsquote blieb mit 62 Prozent auf hohem Niveau. – Beim Kantonsgericht war vor allem bei den Zivilverfahren der Einzelrichter ein spürbarer Anstieg zu verzeichnen, so dass sich auch die Geschäftslast erhöhte. Im Bereich der Strafprozesse zeigte sich bei den Einzelrichtern eine markante Zunahme der Neueingänge um mehr als ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr. Die Fallzahlen im Jugendstrafbereich blieben anhaltend tief. Das Kantonsgericht war trotz höherer Fallzahlen in der Lage, deutlich mehr Prozesse als im Vorjahr zu erledigen. – Beim Obergericht wurde mit insgesamt 441 (404) Neueingängen vor allem im Bereich des Verwaltungsrechts und hier vorab im Steuerrecht erneut ein markanter Anstieg registriert. Im Berichtsjahr erledigte das Obergericht 428 Verfahren, darunter 166 aus den Bereichen Zivil- und Strafrecht und 262 aus dem Bereich Verwaltungsrecht. – Mit 24 Neueingängen bei der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs wurde der zweithöchste Stand der letzten zehn Jahre erreicht. Erledigt werden konnten im Berichtsjahr 14 Verfahren, während 15 Verfahren pendent geblieben sind. – Bei den Betreibungsämtern ist die Anzahl der Zahlungsbefehle nach einem Höchststand im Vorjahr von 15 419 auf 14 980 leicht gesunken. Beim Konkursamt war im Berichtsjahr mit 107 Neueingängen (Vorjahr 112) ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der aber im normalen Schwankungsbereich der letzten Jahre liegt.

Strafanstalt Gmünden. Die Corona-Pandemie hat auch die Strafanstalt Gmünden stark gefordert und den Betrieb geprägt. Die Veränderungen

gen wirkten sich auf den gesamten Alltag, die gewohnten Abläufe und nicht zuletzt den Arbeitsrhythmus aus. Die Entwicklungen und Massnahmen rund um die Ausbreitung des Coronavirus hatten für die Menschen in Haft zum Teil erheblich grössere Auswirkungen als für die Menschen «draussen». Aufgrund der grossen Disziplin aller Beteiligten und der strikten Einhaltung der Massnahmen konnte ein Eindringen des Virus in die Strafanstalt verhindert werden. Mit der vorgenommenen Neuausrichtung und der Schaffung zusätzlicher Angebote für die Gefangenen konnte die Attraktivität der Gefängnisse Gmünden im Arbeitsbereich deutlich gesteigert werden. Mit den nun vorhandenen Angeboten stehen den Gefangenen zukunftsgerichtete und attraktive Möglichkeiten offen, um ihre Fähigkeiten zu fördern und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nach der Haftentlassung zu erhöhen. Die Nachfrage nach Arbeitsleistungen brach in der ersten Jahreshälfte coronabedingt ein. Einige Firmen, die durch die Gefängnisse Gmünden Arbeiten machen liessen, mussten selbst Kurzarbeit anmelden. Die Budgetvorgaben konnten trotz dieser suboptimalen Rahmenbedingungen eingehalten werden. Der Regierungsrat will die Strafanstalt Gmünden künftig in ähnlicher Grösse wie heute weiterführen. Um die bestmögliche Entwicklung des Areals «Gmünden» zu garantieren, wurde ein Wettbewerbsverfahren durchgeführt, das noch nicht abgeschlossen ist. Den 253 (242) Eintritten im Berichtsjahr standen 235 (251) Austritte gegenüber. Die Auslastung lag 2020 mit 88 Prozent leicht tiefer als im Vorjahr.

Kriminalstatistik. Die Gesamtzahl der Straftaten nach Strafgesetzbuch (StGB) lag bei 1723, was einer Abnahme gegenüber dem Vorjahr um 3 Prozent entspricht. Mit 47,1 Prozent (Vorjahr 39,7) waren fast die Hälfte der Straftaten Vermögensdelikte. Die Aufklärungsquote aller Straftaten lag bei 59,5 Prozent (66). bei den Gewaltstraftaten wurde eine Zunahme von 9 Prozent auf 178 (164) Straftaten verzeichnet. Die schwere Gewalt nahm mit 2 (4) Straftaten ab. Die Zahl der einfachen Körperverletzungen

blieb mit 11 konstant. Die Aufklärungsquote aller Gewaltstraftaten war mit 89,3 Prozent (92,1 Prozent) erneut erfreulich hoch. Bei den Straftaten gegen die sexuelle Integrität weist die Statistik eine Abnahme auf 48 Delikte (60) aus. Die Aufklärungsquote aller Straftaten gegen die sexuelle Integrität beträgt 91,7 Prozent (96,7 Prozent). Die Straftaten gegen das Vermögen haben mit 811 (705) zugenommen. Die Zahl der Diebstähle (ohne Fahrzeuge) stieg auf 293 (228) an. Raubdelikte mussten 11 (2) verzeichnet werden. Die Zahl der Einbruchdiebstähle stieg auf 61 (52) an. Die Aufklärungsquote aller Vermögensdelikte liegt bei 33,4 Prozent (36,7). Insgesamt wurden 187 (206) Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz registriert.

Unfallstatistik. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der polizeilich registrierten Verkehrsunfälle von 385 im Jahr 2019 auf 382 im Jahr 2020. Weniger erfreulich entwickelten sich die Zahlen bei den Verkehrsunfällen mit Motorrädern: Während 2019 mit 18 Unfällen ein Tiefstwert verzeichnet werden konnte, stiegen diese 2020 wieder auf 45 an. Diese Zunahme bei den Unfällen mit Motorrädern führte auch zu einer deutlichen Zunahme bei der Zahl der Verletzten: 12 Personen im Jahr 2019 stehen 30 Personen im Jahr 2020 gegenüber. Nachdem im Vorjahr noch ein Verkehrstoter beklagt werden musste, ereignete sich 2020 kein Verkehrsunfall mit tödlichen Folgen. Die häufigsten Unfallursachen sind nach wie vor das Nichtanpassen der Geschwindigkeit und die Missachtung des Vortrittsrechts. Insgesamt wurde die Kantonspolizei 2020 zu 40 Wildunfällen gerufen. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr mit 59 Wildunfällen einer Abnahme von 19 Unfällen. Bei den betroffenen Wildtieren handelte es sich um 36 Rehe, 1 Dachs, 2 Füchse und 1 Hasen.

Gesundheitswesen und Gesellschaft

Das Departement Gesundheit und Soziales musste bereits früh im Jahr in die Krisenorganisation umschalten. Die Bewältigung der Pande-

mie und die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für die Ausserrhoder Bevölkerung hatte oberste Priorität. Dies hatte grosse Auswirkungen auf die Planung der ordentlichen Geschäfte. So wurde etwa die Konzipierung des neuen Gesundheitsberichts aufgeschoben und konnte erst dann wieder aufgegriffen werden, als im Sommer und Frühherbst die Fallzahlen auf ein tiefes Niveau gesunken waren. – Trotz der andauernden Krise konnte die Reorganisation des Amtes für Gesundheit umgesetzt werden. Im Bereich Soziales wurden die Rechtsstreitigkeiten rund um das langjährige Projekt kantonales Asylzentrum Sonneblick in Walzenhausen beigelegt, und es konnte noch rechtzeitig eine Einigung erzielt werden, damit der Betrieb, der durch den Kanton St. Gallen geführt wird, als Ablösung des bestehenden Zentrums Landegg im Februar 2021 aufgenommen werden kann. – Neben dem Behindertenintegrationsgesetz (BIG), das für die erste Lesung im Kantonsrat verabschiedet worden ist, konnte mit grosser zeitlicher Priorisierung ein Entwurf für ein Gesetz über familienergänzende Kinderbetreuung vorbereitet werden. – Im Bereich Gesundheit beschäftigte die grosse Dynamik in der Ostschweizer Spitallandschaft das Departement. Die Eigengespräche zwischen Kanton und dem Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden (SVAR) wurden neu konzipiert. Weiter übernahm der Departementsvorsteher Yves Noël Balmer den Vorsitz des Lenkungsausschusses im Projekt «Spitalversorgung Modell Ost», das eine gemeinsame Spitalplanung für die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, St. Gallen sowie Thurgau zum Ziel hat.

Spitalverbund. Das Jahr 2020 stand auch im Spitalverbund AR (SVAR) ganz im Zeichen der Corona-Pandemie (Abb. 9). Im Zuge der Bewältigung der Pandemie entstanden dem Spitalverbund finanzielle Verluste. So musste am Jahresende ein Gesamtdefizit von 7,2 Mio. Franken verkraftet werden. Der Spitalverbund verfehlte damit sein betriebswirtschaftliches Ziel einer ausgeglichenen Rechnung deutlich. Er-

neut rückläufig war die Zahl der Pflgetage. In den beiden Spitälern in Herisau und Heiden wurden noch 29 496 Pflgetage (Vorjahr 32 311) registriert; im Psychiatrischen Zentrum Appenzell Ausserrhoden in Herisau wurden 36 390 Pflgetage (40 491) gezählt. Auf Anordnung des Bundes durften landesweit über viele Wochen keine Wahleingriffe stattfinden. Die Operationssäle blieben leer, Sprechstunden mussten abgesagt werden, und viele Betten waren nicht belegt, damit alle Kräfte für die Bewältigung der Pandemie hätten eingesetzt werden können, wenn es erforderlich geworden wäre. Dies führte zur paradoxen Situation der Überlastung mit Corona-Behandlungen auf der einen und zu nicht ausgenutzten Kapazitäten mit Unterbeschäftigung auf der anderen Seite. Finanziell schlug sich dies in Mehrkosten und gleichzeitig Mindereinnahmen von rund 9,5 Mio. Franken nieder. Davon gehen summa summarum rund 3 Mio. Franken zulasten der Eigenmittel des SVAR. Angesichts der ohnehin seit Jahren angespannten Finanzsituation bei praktisch allen Regionalspitälern der Schweiz zeigte die Pandemie damit auch beim Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden die Strukturprobleme der Branche auf. Die hervorragenden fachlichen Leistungen auf der einen und die finanziellen Herausforderungen auf der anderen Seite sind für den Verwaltungsrat der Anlass, die Strategie des SVAR zu überprüfen mit dem Ziel, in einem intensiven Austausch mit der Kantonsregierung zeitnah tragfähige Lösungen für die Zukunft zu suchen. – Im Frühjahr konnte am Spital Herisau der Neubau der Notaufnahme in Betrieb genommen werden (Abb. 10). Mit der neuen Notfallstation konnten zum einen bestehende Mängel behoben und zum andern die Abläufe optimiert werden. – Verwaltungsratspräsidentin Christiane Roth und Othmar Kehl traten aus dem Verwaltungsrat des SVAR zurück. Andreas Zollinger übernahm das Präsidium.

Landwirtschaft und Wetter

Als Folge des anhaltenden Strukturwandels in der Landwirtschaft sank die Zahl der Direkt-

zahlungsbetriebe in Appenzell Ausserrhoden von 592 auf 584. Die Zahl der Biobetriebe ging um einen Betrieb auf 131 zurück. Die Biodiversitätsflächen mit Qualitätsstufe 2 und die Vernetzungsflächen nahmen um 28 Hektaren zu. – Die Einführung von agriGIS, einer webbasierten Ergänzung des Agrarinformationssystems Agricola, verlief positiv. Über dieses Webportal erfassen die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter ihre Flächen. Die Berechnung der flächenbezogenen Direktzahlungen erfolgt auf dieser Grundlage georeferenziert. – Mit der Ausarbeitung einer Strategie legte der Regierungsrat die Grundsätze für die kantonale Agrarpolitik fest und ersetzte damit die seit 2014 bestehenden Leitsätze. Die neuen strategischen Grundsätze bilden die Vorgabe für die landwirtschaftlichen Massnahmen und Projekte aus dem Regierungsprogramm 2020–2023. Sie sind aber auch Grundlage für die kantonalen Fördermassnahmen in der Landwirtschaft. – Die landwirtschaftliche Kreditkasse verzeichnete wiederum einen hohen Gesuchseingang. Die tiefen Hypothekarzinsen förderten die Investitionen in der Landwirtschaft. Zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie bestand für die Kreditkasse die Möglichkeit, zinslose Betriebshilfedarlehen zu gewähren.

Wegen der Corona-Pandemie fanden die Alpfahrten im Frühsommer zwar statt, um Menschenansammlungen zu vermeiden, durften die Daten nicht publiziert werden. Bis Mitte Juni konnten keine Wochenmärkte stattfinden. Eine Öffnung war nur unter Einhaltung und Umsetzung der Schutzkonzepte möglich. Im Herbst wurden dann auch keine Viehschauen, Jahr- und Bauernmärkte durchgeführt. – Vereinzelte Wölfe machten Äplern und Tierbesitzern Angst. Die Tiere streiften durch den Kanton, griffen in Walzenhausen, Trogen und Urnäsch Schaf- und Ziegenherden an und rissen mehrere Tiere. Während der Alpzeit wurden auf der Potersalp zwei Ziegen gerissen, zwei weitere Tiere wurden verletzt. – Der Winter 2019/20 war schneearm, warm, mit viel Regen bis über die Waldgrenze und langen Schönwet-

terperioden. Drei Winterstürme verursachten über den ganzen Kanton verteilte Schäden. Die Sturmholzmenge dürfte bei rund zehn Prozent einer Jahresnutzung liegen. Der Juni war eher nass, und Ende August sorgten Starkniederschläge für eine überdurchschnittliche Niederschlagssumme. Der Herbst war wechselhaft. Im September und November fiel wenig Niederschlag und die Monate waren mild. Im Oktober gab es starke Niederschläge, und es war kühl.

Tourismus und Bahnen

Tourismus. Mit der angekündigten strategischen Neuausrichtung und vermehrten Investitionen in die Angebotsentwicklung startete Appenzellerland Tourismus AG (ATAG) ins Jahr. Bekanntlich kam alles anders. Während des Lockdowns wurden die Gäste über Möglichkeiten informiert, das Appenzellerland mit Buch-, Film- und Rezept-Tipps nach Hause zu holen. Nach den ersten Lockerungen wurden mit dem Zubi-Sommeralbum auf der Kulturspur 22, dem Wanderpass inklusive Wandersocken und dem Kultursommer 2020 drei Angebote für «Daheim-Gebliebene» entwickelt. Das Appenzellerland wurde während der Sommermonate von Gästen regelrecht überrannt. Die ATAG setzte sich dafür ein, dass die Ostschweizer Gästekarte OSKAR auch von Ferienwohnungsanbieterinnen und -anbietern verkauft werden kann. Zudem konnte die Gästekarte sowohl dem Gast als auch den Leistungsträgerinnen und -trägern dank Unterstützung durch die Neue Regionalpolitik (NRP) für eine beschränkte Zeit kostenlos abgegeben werden. In der zweiten Jahreshälfte widmeten sich die Geschäftsstelle in Herisau und die beiden Tourist Informationen in Heiden und Urnäsch diversen Zukunftsprojekten. Eine Projektgruppe zur neuen Inszenierung des Witzweges wurde geschaffen, ein Food-Trail mit Stopps bei diversen Gastronomen wird in Kürze lanciert und eine Velokarte soll 2021 das erste Mal erscheinen. Die Corona-Pandemie hatte wie erwartet auch Auswirkungen auf die Zahl der Übernachtungen. So wurden in Appenzell Ausser-

rhoden 2020 noch 96 407 Logiernächte (Vorjahr 111 803) registriert, was einem Rückgang von 13,8 Prozent entspricht. – Die langjährige ATAG-Verwaltungsratspräsidentin Monika Bodenmann-Odermatt kündigte ihren Rücktritt an. Der Generalversammlung im Mai 2021 wird Pascale Sigg-Bischof als Nachfolgerin vorgeschlagen.

Appenzeller Bahnen. Mit einem erfreulichen Anstieg der Nachfrage fuhren die Appenzeller Bahnen (AB) in den Monaten Januar und Februar gut in das Jahr 2020 ein. Mitte März gab die Corona-Pandemie eine andere Richtung vor. Weisungsgemäss reduzierten die AB das Angebot auf den Stundentakt. Die Nachfrage und die Personenverkehrserträge brachen ein. Mit 3,97 Mio. Fahrgästen reisten 24 Prozent weniger Menschen mit den Zügen der Appenzeller Bahnen als im Vorjahr. Der Verkehrsertrag lag mit 9,7 Mio. Franken 20 Prozent tiefer als 2019, der Nebenertrag blieb mit rund 8,5 Mio. Franken nahezu stabil. Die wichtigste Einnahmequelle, die Abgeltungen Personenverkehr und Infrastruktur, machten wie im Vorjahr rund 35 Mio. Franken aus. Der daraus resultierende Gewinn von 1,6 Mio. Franken ist nötig, denn die Folgen der Pandemie werden erst in den kommenden Jahren richtig spürbar. Die AB rechnen mit längerfristig anhaltenden tieferen Verkehrseinnahmen. Das positive Rechnungsergebnis hatte auch zur Folge, dass die AB Bund und Kantone nicht zusätzlich belasteten; die vom Bund vorgesehenen Covid-Mittel mussten die AB nicht beanspruchen. – Grün zeigten die Signale auf den Baustellen: Es gelang den AB, die Bahnhöfe Teufen und Waldstatt zu modernisieren und kundenfreundlich zu gestalten. Besonders erfreulich ist auch der Baufortschritt am Güterbahnhof St. Gallen. Der Bau der Haltestelle und der Kreuzungsmöglichkeiten für die Züge kam planmässig voran. Noch immer ungewiss ist die Situation bei der Ortsdurchfahrt Teufen, stösst die Variante Doppelspur bei einem Teil der Teufner Bevölkerung weiterhin auf Widerstand. Unter Federführung des Bundesamts für Verkehr wird nach einer Lösung

gesucht, u. a. soll eine Machbarkeitsstudie die Möglichkeiten eines Doppelspurtunnels aufzeigen (Abb. 11). Mit dem Bauprojekt «Servicezentrum Appenzell» und Plänen für ein Verwaltungsgebäude als Teil der Arealentwicklung am Bahnhof Herisau sind weitere bauliche Vorhaben aufgegleist. – Die Verwaltungsräte der Frauenfeld-Wil-Bahn und der Appenzeller Bahnen haben eine Fusion geprüft und sind zum Schluss gekommen, dass eine solche machbar ist.

Säntis-Schwebebahn. Für die Säntis-Schwebebahn AG waren die letzten beiden Jahre mit der Lawine 2019 und der sich seit Frühjahr 2020 hinziehenden Corona-Situation eine spezielle Herausforderung. Dass die Ausfälle Spuren in der Bilanz hinterlassen würden, war zu erwarten. Gut drei Monate durfte die Bahn 2020 keine Passagiere auf den Gipfel transportieren, die Frequenzen liegen darum mit knapp 300 000 Fahrgästen deutlich unter dem Durchschnitt früherer Jahre. Die Restaurants standen leer und alle Gruppenanlässe, Events, Seminare und Familienfeste mussten storniert werden. Ein Lichtblick war dann der Sommer, der dem Säntis ein ganz neues Gästesegment erschloss. So viel französisch war auf dem Säntis wohl noch nie zu hören! Es zahlte sich aus, dass die Säntis-Schwebebahn AG nicht einzig auf die Anziehungskraft des Säntis gesetzt, sondern gezielt in die Steigerung der Attraktivität der Tourismus-Plattform investiert hatte. Dazu gehört in erster Linie das vor vier Jahren eröffnete Hotel auf der Schwägalp. Ebenfalls für positive Effekte sorgte das komplett renovierte Gipfelrestaurant. All diese Massnahmen zusammen haben bewirkt, dass die Säntis-Schwebebahn AG im Coronajahr trotz aller Einschränkungen mit einem Umsatz von 17,3 Mio. Franken nur ca. 0,8 Mio. Franken unter dem Vorjahr lag. In den wichtigsten Geschäftsfeldern Schwebebahn, Hotel und Gastronomie konnten die Zahlen im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr gehalten werden. Die Zeit des Stillstands wurde auch dafür genutzt, mit den Experten des Bundesamts für Verkehr ein

neues Bergbahnkonzept vorzubereiten. – Nach 30 Jahren bei der Säntis-Schwebbahn ging Gust Broger Ende Februar in Pension. Als Säntis-Eventmanager hat er die Entwicklung rund um den Berg mitgeprägt. Als Allrounder, Gästebetreuer und Mann für alle Fälle hat er unzählige Aktivitäten und Ausstellungen auf dem Säntis initiiert, organisiert und an vorderster Front durchgeführt. – An der coronabedingt ohne Präsenz der Aktionärinnen und Aktionäre durchgeführten Generalversammlung der Säntis-Schwebbahn AG wurde Michael Auer, Speicher, zum neuen Verwaltungsratspräsidenten gewählt. Er ersetzte Hansruedi Laich, der nach sieben Jahren als Verwaltungsratspräsident zurücktrat.

Kultur

Die bundesrechtliche Verordnung über die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus (COVID-19) im Kultursektor (COVID-Verordnung Kultur) sieht Ausfallentschädigungen für Kulturunternehmen und Kulturschaffende vor. Im Berichtsjahr bearbeitete das Amt für Kultur Gesuche mit einer beantragten Schadenssumme von 5,3 Mio. Franken. Aufgrund der Subsidiarität der Finanzhilfen sprach es Entschädigungen in der Höhe von 1,9 Mio. Franken. – Die Kantonsbibliothek setzte schon seit längerem auf die digitale Zugänglichkeit ihrer Bestände, deswegen war die coronabedingt hohe Nachfrage nach elektronischen Dienstleistungen gut zu bewältigen. Das Webportal appenzelldigital.ch verzeichnete 2020 gegenüber 2019 eine Nutzungssteigerung von 88 Prozent. Mit ihren handschriftlichen Beständen ist die Kantonsbibliothek seit 2020 Mitglied der «Swiss Library Service Platform (SLSP)», eines neu geschaffenen schweizweiten Bibliotheksverbunds. – Die Denkmalpflege investierte ihre Ressourcen in die Bauberatung und stellte die Überarbeitung der Planungshilfen zurück. – Die Erkenntnisse aus der Evaluation der rechtlichen Grundlagen der Kulturförderung, der Überprüfung der zukünftigen Finanzierung und des Kulturkonzepts 2016 mündeten im Entwurf des Kulturkonzepts

2021. – Aus dem Bericht zu den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie für eine kantonal getragene oder eine kantonsnahe museale Institution erwuchs der Auftrag für die Erstellung einer Vorstudie. – Kathrin Bosshard ist eine von fünf Kulturschaffenden, die 2020 mit dem Schweizer Theaterpreis ausgezeichnet worden sind. Die in Herisau lebende Künstlerin erhielt 2019 den Kulturpreis des Kantons Appenzell Ausserrhoden. Sie arbeitet als Regisseurin, Schauspielerin und Puppenspielerin und bringt in ihren Stücken gesellschaftliche Themen humorvoll überhöht auf die Bühne. – In Herisau hat der Puppenspieler Kurt Fröhlich ein Figurentheatermuseum eröffnet (Abb. 12). Die Sammlung zeigt rund 500 Figuren aus aller Welt und lädt zum Staunen, aber auch zum Spielen ein.

Kulturstiftung. Im Jahr 2020 hat die Ausserrhodische Kulturstiftung Werkbeiträge im Gesamtbetrag von 100 000 Franken an sieben Frauen und drei Männer vergeben. Die Arbeitsgruppe Kunst und Architektur vergab drei Werkbeiträge: Ausgezeichnet wurden Selina Lutz (*1979). Die Jury zeigte sich von der Direktheit, Eigenwilligkeit, Aktualität und Unerbittlichkeit der bildstarken Werke überzeugt. Bereits zum zweiten Mal ausgezeichnet wurde die Künstlerin Zora Berweger (*1981). Sie untersucht den Bildraum, befragt Dimensionen und generiert Bildzusammenhänge in artifizieller, abstrakter Weise. Christian Hörler (*1982) vertraut in seinen Arbeiten auf die Materialität, denkt und arbeitet aus dieser heraus und überträgt sie in den Raum. – Die Fachgruppe Angewandte Kunst und Design zeichnete Selina Hirsch (*1993) aus und würdigte dabei deren mutige Verquickung von Design und theoretischem Hinterfragen sozialer Gesetzmässigkeiten. – In der Kategorie Film ging der Werkbeitrag an Davide Tisato (*1990). Er setzt sich in seinen Arbeiten mit aktuellen gesellschaftspolitischen Themen in ihrer globalen Dimension auseinander. – Mit Timo Wild (*1990) wurde in der Kategorie Musik ein Musiker ausgezeichnet, der den Fokus seines Schaffens auf

dem Erforschen und Erarbeiten eigener Musik in verschiedenen Musikrichtungen gelegt hat. Der zweite Werkbeitrag für Musik ging an die Violinistin Clarigna Küng (*1983), weil sie lustvoll Tradition mit Neuem verbinde. Sie ist in vielfältigen Zusammenhängen als Künstlerin aktiv, u. a. mit dem Ensemble «Geschwister Küng», als klassische Geigerin oder mit einem Soloprogramm. – Mit Jessica Jurassica (*1993) erhielt in der Kategorie Literatur, Theater und Tanz eine junge Künstlerin einen Werkbeitrag, die sich virtuos zwischen den Disziplinen Medienkunst, Performance, Musik und verschiedenen literarischen Genres bewegt. Ein Werkbeitrag ging an die Autorin Laura Vogt (*1989). Sie greift in ihren Texten das Thema der Schweizer Frauenrolle zwischen Beruf und Familie auf. Der dritte Werkbeitrag der Fachgruppe würdigte Gisa Frank (*1960). Seit über 20 Jahren ist sie als Tänzerin und Choreografin in Appenzell Ausserrhoden aktiv. – Ein Artist-in-Residence-Stipendium wurde an den Maler Peter Stoffel (*1972) vergeben. Er materialisiert Gesehenes, Gedachtes, Imaginiertes, indem er diese Erfahrungen in Malerei übersetzt.

Kirchen

Während des Lockdowns stellten verschiedene Kirchgemeinden schnell und professionell auf Online-Gottesdienste um, vorab die Reformierten Kirchgemeinden Bühler, Rehetobel, Speicher und Teufen. – An der Herbstsynode der Evangelisch-reformierten Landeskirche beider Appenzell informierte Kirchenratspräsident Koni Bruderer über den Stand der Dinge in Sachen Totalrevision der Kirchenverfassung. Zu den wichtigsten Anpassungen gehört der Verzicht auf die Erwähnung der Namen aller Kirchgemeinden. Diese Änderung soll allfällige Kirchgemeindefusionen ermöglichen, ohne dass die Verfassung per Volksabstimmung geändert werden müsste. Ebenfalls soll in der neuen Verfassung der Grundsatz verankert sein, dass es einen Finanzausgleich geben wird. Die Synode wählte folgende Personen in die vorberatende Kommission Kirchenverfassung:

Martin Breitenmoser, Appenzell; Ann-Kathrin Dufeu-Liebing, Trogen; Verena Hubmann, Teufen; Hans Ulrich Sturzenegger, Herisau; Martina Tapernoux-Tanner, Heiden, und als Präsident Marcel Steiner, Schwellbrunn. Der Zeitplan der Totalrevision musste den coronabedingt veränderten Umständen angepasst werden. Die Abstimmung über die totalrevidierte Verfassung soll im Mai 2022 stattfinden, das Inkrafttreten wäre dann auf Anfang 2023 möglich. – Eine Interpellation des Pfarrkonvents wünschte vom Kirchenrat Auskunft darüber, ob die Kirchgemeinden in den Bereichen Entwicklung und Förderung digitaler Medien unterstützt werden könnten. Kirchenrätin Regula Ammann wies darauf hin, dass Gottesdienste unbestritten das Kerngeschäft der Kirchgemeinden seien. Beim Thema Digitalisierung sei die Landeskirche jedoch gefordert. Diskussionsbedarf sahen die Synodalen beim Antrag der Redaktionskommission des Kirchenblatts «Magnet» auf Anpassung des Reglements. Mit knappem Mehr wurde ein Antrag abgelehnt, das Globalbudget von 150 000 Franken um 10 000 Franken zu erhöhen, um an den jährlich zwei Grossversanden an alle reformierten Haushalte festzuhalten. – Die Jahresrechnung 2019 schloss mit einem Einnahmenüberschuss von 75 000 Franken um rund 11 000 Franken besser ab als budgetiert, dies trotz Mindereinnahmen von rund 40 000 Franken bei den Kirchensteuern.

Dies und Das

Verschiedenes. Nachdem der Staatskalender und die Sammlung der Ausserrhodischen Gerichts- und Verwaltungspraxis bereits digitalisiert worden waren, ging 2020 nun auch die 186-jährige Geschichte des gedruckten Amtsblattes zu Ende (Abb. 13). Die amtlichen Bekanntmachungen stehen seit Juli 2020 kostenlos unter amtsblatt.ar.ch zur Verfügung. Die Nutzerinnen und Nutzer können ihre individuellen Suchergebnisse oder das Amtsblatt als Gesamtausgabe per E-Mail abonnieren und gegebenenfalls auch ausdrucken. – Die Frauenzentrale Appenzell Ausserrhoden ehrte fünf

Frauen mit dem erstmals verliehen Prix Zora: Irma Giovanoli (Heiden), Paula Schindler (Herisau), Annegret Wigger (Heiden), Silvia Kaiser-Casutt (Speicher) und Margrit Wild (Stein). Mit dem Preis soll ehrenamtliches Engagement von Frauen vermehrt sichtbar gemacht werden. – Nachdem die CVP Schweiz ihren Namen auf «Die Mitte» geändert hatte, entschieden sich auch die CVP Appenzell Ausserrhoden und die CVP-Ortspartei Herisau mit grossem Mehr für die Übernahme des neuen Namens.

Personen. Margrit Bürer ging nach 14 Jahren als erste Leiterin des Amts für Kultur Appenzell Ausserrhoden in Pension. Ihre Nachfolge trat am 1. Juni Ursula Steinhauser an. – 1994 übernahm Markus Gmür die Leitung der Pro Senectute Appenzell Ausserrhoden; im Berichtsjahr wurde er pensioniert. Seine Nachfolgerin Sabrina Steiger ist seit dem 1. September im Amt. – Anlässlich der Gründungsversammlung der Jungen Grünen Appenzellerland am 20. April übernahmen Nina Cramer (Speicher) und Maximiliano Urdax (Herisau) das Co-Präsidium. – Einen Wechsel im Präsidium gab es bei den Parteiunabhängigen Appenzell Ausserrhoden: Arlette Schläpfer (Reute) wurde als Nachfolgerin von Andreas Zuberbühler (Rehetobel) gewählt. – Bei der Frauenzentrale Appenzell Ausserrhoden übernahm Hester Ryffel (Herisau) das Präsidium von der Herisauerin Ariane Brunner. – Die Leserinnen und Leser der Appenzeller Zeitung kürten Simon Ehammer (Stein) zum «Appenzeller des Jahres» (siehe unten *Sport*). – An den SwissSkills Championships holten Sascha Schweitzer (Wolfhalden) bei den Gerüstbauern und Walter Sturzenegger (Schwellbrunn) bei den Fleischfachleuten je eine Silbermedaille. Andrin Sutter (Teufen) erreichte bei den Konstrukteuren den dritten Platz.

Sport. Für nationales Aufsehen sorgte der Leichtathlet Simon Ehammer (Stein). Der beim TV Teufen trainierende Athlet verbesserte den Hallenrekord im Siebenkampf und gewann die Goldmedaille im Weitsprung. In der Freiluftsa-

son übertraf Simon Ehammer die 8000er-Marke im Zehnkampf. Seit 17 Jahren war kein Schweizer Sportler besser gewesen. Daneben erkämpfte sich Ehammer Medaillenplätze in verschiedenen Disziplinen und wurde als Schweizer Leichtathlet des Jahres ausgezeichnet. – René und Karl Wyler, der eine leitet die Sportlerschule Appenzellerland, der andere ist Leichtathletik-Trainer beim TV Teufen, wurden vom Schweizerischen Leichtathletikverband als «Trainer des Jahres» ausgezeichnet. – Der Herisauer Bruno Eugster wurde Ausserrhoder Sportförderer 2020. Der 74-Jährige setzt sich seit vielen Jahren in verschiedenen Funktionen für den FC Herisau ein. – An der Spitze des Appenzellischen Turnverbands kam es zu einem Wechsel: Bruno Eisenhut (Schwellbrunn) trat nach sechs Präsidialjahren zurück. Seine Nachfolge übernahm Christian Giger (Bühler).